

Niederschrift
über die Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 07.11.2013

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 15:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 15:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung
Frau Kammeier
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Weber

SPD

Herr Donath
Herr Kaufmann
Frau Schneider
Frau Schrader
Herr Suchla
Herr Wandersleb

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Mann
Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Frau Schulz

Frau Buddemeier
Herr Döding

Herr Puls

Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gleichstellungsstelle
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Stab Dezernat 5

Gäste

Frau Schellong

CDU-Fraktion

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1

Verlagerung der Unterbringung von Flüchtlingen von den bestehenden Objekten Teichsheide 12a - 16a und Stadtring 79/79a in das Haus Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6015/2009-2014/1

6533/2009-2014 (Anfrage der Fraktion Die Linke)

6525/2009-2014 (Antrag der Fraktion Die Linke)

6551/2009-2014 (Antrag der CDU-Fraktion)

Herr Dr. Schmitz begründet seinen Antrag und schlägt vor, den Standort Teichsheide unter allen Umständen beizubehalten, um die aufgebauten Strukturen zu erhalten. Die noch zur Verfügung stehenden Kapazitäten in der Eisenbahnstraße könnten als Erstaufnahmeeinrichtung genutzt werden.

Frau Rathsmann-Kronshage weist ihn darauf hin, dass die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung europaweit ausgeschrieben werden müsse und die Stadt Bielefeld nach ihrer Kenntnis kein Interesse am Betrieb einer solchen Einrichtung habe. Sie warnt davor, diese unterschiedlichen Einrichtungen zu vermischen. Darüber hinaus könne heute auch noch nicht endgültig entschieden werden, in wieweit 2015 auf die Teichsheide verzichtet werden könne. Nach einer Renovierung könnte das Objekt Teichsheide auch zu einer Erweiterung des Wohnungsbestandes für Flüchtlinge führen.

An Herrn Dr. Schmitz gerichtet stellt Beigeordneter Herr Kähler klar, dass die Erstaufnahmeeinrichtung und die Frage, wie die betroffenen Menschen dauerhaft in die Stadtgesellschaft integriert werden können, zwei unterschiedlich zu betrachtende Punkte seien. In einer Erstaufnahmestelle werde geprüft, ob die Flüchtlinge zunächst in Deutschland bleiben dürfen. In der Eisenbahnstraße würden Menschen untergebracht, bei denen diese Prüfung bereits erfolgt sei.

Herr Weber schließt sich den Ausführungen von Frau Rathsmann-Kronshage an und gibt für die CDU-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

1. Wir sind weiterhin für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Stadtgebiet Bielefeld!
2. Die in der Nachtragsvorlage beigefügte Übersicht muss mit belastbaren Daten gefüllt und ergänzt werden, nur dann ist eine fach- und sachgerechte Entscheidung möglich. Wenn dies in der Kürze der Zeit noch nicht möglich war, ist dies unter Einbeziehung weiterer Objekte zeitnah zu vollenden.
3. Ziel bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen muss

eine menschenwürdige Unterkunft sowie ein qualitativ fachlich ordentliches Betreuungskonzept sein.

4. Das bisherige Verwaltungsverfahren, die Beschlussvorlage (6015/2009-2014/1) mit einer Infovorlage (6386/2009-2004) zu verbinden und somit den Fachausschuss und Bezirksvertretung von den Beratungen und Beschlussfassungen auszuschließen, lehnen wir ab!

Wir fordern vielmehr die in unserem Änderungsantrag beschriebene Flüchtlingsaufnahmekonzeption für Bielefeld!

Im Anschluss daran wird der Antrag der CDU-Fraktion an die Anwesenden verteilt.

Herr Buschmann bittet Herrn Dr. Schmitz den Antrag zurückzuziehen. Die jetzige Unterbringung sei nicht ausreichend und nicht menschenwürdig. Die Entwicklung der Eisenbahnstraße solle abgewartet und dadurch auch ein höheres Maß an Flexibilität erreicht werden.

Herr Dr. Schmitz verändert den Antrag der Fraktion Die Linke dahingehend, dass Punkt 2b. folgende Fassung erhält:
„Die Verwaltung prüft, wie die übrigen Flächen anders genutzt werden können.“

Vorsitzende Frau Schrader bitte um Abstimmung des geänderten Antrages der Fraktion Die Linke (Drucks.-Nr. 6525/2009-2014).

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Die Gebäude des Übergangsheimes Teichsheide 12a bis 16a bleiben erhalten und werden schrittweise saniert.
2. Das Gebäude Eisenbahnstraße 29, 29a und 29b wird folgendermaßen einer sinnvollen Nutzung zugeführt:
 - a. Ein Teil des Gebäudes wird gemäß den Planungen der BGW erhalten und als Übergangsheim für die zurzeit am Stadtring 79/79a untergebrachten Flüchtlinge hergerichtet.
 - b. Die Verwaltung prüft, wie die übrigen Flächen anders genutzt werden können.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -
 Abstimmungsergebnis:
 Ja: 1
 Nein: 14
 Enthaltungen: 0

Herr Weber begründet den CDU-Antrag dahingehend, dass nach Auffassung seiner Fraktion noch konkrete Daten und ein Gesamtkonzept fehlen. Beschluss- und die Informationsvorlagen aus den Dezernaten 5 und 2 müssten in einer gemeinsamen Vorlage zusammengefasst werden. Die Politik werde mit der Informationsvorlage des Dezernates 2 im Haupt- und Beteiligungsausschuss von der Verwaltung bei der

Entscheidung ausgeschlossen. Seiner Ansicht nach könne eine Akzeptanz bei der Bevölkerung nur erzielt werden, wenn die Bezirksvertretungen einem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Frau Rathsmann-Kronshage verweist bei den unterschiedlichen Vorlagen auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters in der letzten Ratssitzung. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass es bei der Stadt Bielefeld ein dezentrales Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen gebe. Dementsprechend werde eine zeitnahe Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen angestrebt.

Beigeordneter Herr Kähler zeigt nochmals die Unterschiede der beiden Verwaltungsvorlagen auf. Er erläutert das bestehende Unterbringungskonzept für Flüchtlinge und begründet den Mehrbedarf der Unterbringungsplätze mit der hohen Anzahl von Flüchtlingen, die nach Deutschland einreisen.

Darüber hinaus beteiligen sich Frau Geilhaar, Herr Wandersleb, Herr Buschmann, Frau Mann, Frau Schneider und Herr Dr. Schmitz an der Diskussion.

Vorsitzende Frau Schrader bittet um Abstimmung des CDU-Antrages (Drucks.-Nr. 6551/2009-2014).

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fordert die Verwaltung auf, kurzfristig ein belastbares Konzept zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen für das Stadtgebiet Bielefeld zu erstellen und den zuständigen Gremien des Rates zur Entscheidung vorzulegen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Abstimmungsergebnis:

Ja: 5

Nein: 9

Enthaltung: 1

Vorsitzende Frau Schrader bittet um Abstimmung der Vorlage Drucks.-Nr. 6015/2009-2014/1.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bestätigt seinen Beschluss vom 10.09.2013 und empfiehlt dem Rat zu beschließen:

„Der Rat beschließt, dass das Gebäude Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b unter den beschriebenen Rahmenbedingungen (Drucks.-Nr. 6015/2009-2014. 6015/2009-2014/1) als Übergangsheim für Flüchtlinge genutzt wird“. Diese Nutzung wird in den Objekten Teichsheide 12a – 16a und Stadtring 79/79a aufgegeben, wenn das Objekt Eisenbahnstr. in Betrieb ist.

- mit Mehrheit beschlossen -

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9

Nein: 6

Enthaltung: 0

Vorsitzende Frau Schrader beendet die Sitzung um 15.55 Uhr

Schrader
Vorsitzende

Krumme
Schriftführerin